

## Protokoll

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen  
Sitzungs-Nr: XVII/17 Rat  
Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 12.12.2013, 18:05 Uhr bis 23:15 Uhr  
Sitzungsort: Aula der Goetheschule - KGS Barsinghausen, Goethestraße 29

### Anwesend sind:

#### Ratsmitglied

1. Bürgermeister Lahmann, Marc nicht bei TOP 19 und 20

#### Mitglieder CDU-Fraktion

2. Ratsfrau Becker, Ingeborg nicht bei TOP 13  
3. Ratsfrau Bischoff, Lilli  
4. Ratsherr Bohrßen, Bernd-Konrad  
5. Ratsherr Fabisch, Horst bis TOP 23, 22.10 Uhr  
6. Ratsherr Hoffmeister, Christian tlw. nicht bei TOP 25  
7. Ratsherr Kuban, Tilman  
8. Ratsherr Matthiesen, Max Dr. MdL ab TOP 12, 18.43 Uhr  
9. 3. Stellv. Bürgermeister Neddermeier, Karl-Heinz  
10. Ratsherr Schroth, Gerald  
11. Ratsfrau Senft, Monika  
12. Ratsherr Steuernagel, Marc-Oliver bis TOP 35, 23.10 Uhr  
13. Ratsherr Zieseniß, Roland Dr. nicht bei TOP 29 und 39

#### Mitglieder SPD-Fraktion

14. Ratsherr Bienert, Sigurd nicht bei TOP 14  
15. Ratsherr Dobelmann, Reinhard  
16. 2. stellv. Bürgermeisterin Dürbaum-Betsch, Angelika  
17. Ratsfrau Gertich, Lea Sophie  
18. Ratsherr Gottschalk, Günter nicht bei TOP 13, tlw. nicht bei TOP 25  
19. Ratsherr Gronenberg, Bernd  
20. Ratsherr Härdrich, Dirk Dr.  
21. Ratsfrau Hunte-Grüne, Marlene  
22. Ratsherr Messing, Peter  
23. Ratsherr Schaper, Hartmut bis TOP 22, 22.05 Uhr  
24. Ratsherr Wittich, Michael bis TOP 26, 22.50 Uhr  
25. Ratsherr Wittschurky, Thomas

#### Mitglieder FDP-Fraktion

26. Ratsherr Klockow, Bernhard ab TOP 3, 18.20 Uhr, nicht bei TOP 26  
27. Ratsfrau Wölki, Kerstin

#### Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

28. Ratsherr Dogan, Abduselam  
29. 1. stellv. Bürgermeister Hartig, Andreas  
30. Ratsherr Lux, Thomas  
31. Ratsherr Marks, Frank

- |     |                          |  |
|-----|--------------------------|--|
| 32. | Ratsherr                 | Müller, Peter ab TOP 15, 19.20 Uhr       |
| 33. | Ratsherr                 | Riemer, Hagen                            |
| 34. | stellv. Ratsvorsitzender | Röver, Christian nicht bei TOP 27 und 28 |
| 35. | Ratsfrau                 | Westphal, Ulrike                         |

Mitglieder UWG-Fraktion

- |     |          |                    |
|-----|----------|--------------------|
| 36. | Ratsherr | Neugebauer, Markus |
| 37. | Ratsfrau | Runge, Eva         |

Mitglieder Fraktion AfB

- |     |          |                                 |
|-----|----------|---------------------------------|
| 38. | Ratsfrau | Beckmann, Kerstin Dr.           |
| 39. | Ratsfrau | Klein, Bettina nicht bei TOP 13 |

von der Verwaltung

- |     |                                      |                                      |
|-----|--------------------------------------|--------------------------------------|
| 40. | Verwaltungsangestellter              | Becke, Matthias                      |
| 41. | Verwaltungsvorstand Bau              | Fischer, Tobias                      |
| 42. | Verwaltungsvorstand Zentrale Dienste | Hoffmann, Reinhard                   |
| 43. | Fachdienstleiter                     | Müller, Stefan bis TOP 32, 22.58 Uhr |

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Gedenken an Verstorbene
3. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Barsinghausen
4. Genehmigung der Protokolle über die 15. und 16. Sitzung/XVII. WP des Rates am 24.10.2013 und 08.11.2013
5. Aktuelle Stunde
6. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten
7. Änderung der Geschäftsordnung des Rates  
hier: Sitz einer Vertreterin/eines Vertreters der Naturschutzverbände im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt  
- Antrag der Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.10.2013 -  
Vorlage XVII/0421
8. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien  
- u.a. Besetzung der Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co. KG
9. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Tageseinrichtungen der Stadt Barsinghausen für Kinder  
hier: Änderung des Gebührentarifs  
Vorlage XVII/0423

10. Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Benutzung des Flüchtlingswohnheimes Ohweg 23 in Barsinghausen zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen und über die Erhebung von Benutzungsgebühren vom 4.10.2012  
Vorlage XVII/0418
11. Miet- und Nutzungsbedingungen für schulische Sporthallen und Schuleinrichtungen der Stadt Barsinghausen  
Vorlage XVII/0427
12. Vertrag über die Sportförderung durch die Stadt Barsinghausen für die Jahre 2014 bis 2018  
Vorlage XVII/0389
13. Umsetzung HSK auf der Basis des Spielplatzkonzeptes  
Vorlage XVII/0375
14. Kinderferienbetreuung in den Grundschulen  
Vorlage XVII/0424
15. Mehrkosten Neubau KiTa Ohweg  
Vorlage XVII/0438
16. Mehrkosten Neubau Kinderkrippe Erfurter Straße  
Vorlage XVII/0439
17. Schulzentrum Am Spalterhals - Energetische Sanierung und Modernisierung -  
Vorlage XVII/0430
18. Umbau Fußgängerzone Marktstraße  
hier: Erneuerung und Ergänzung von Strom- und Wasserversorgungsanlagen  
Vorlage XVII/0450
19. Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Barsinghausen  
Vorlage XVII/0447
20. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung 2014 des Stadtentwässerungsbetriebes Barsinghausen  
Vorlage XVII/0446
21. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014  
Vorlage XVII/0406
22. Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2013  
Vorlage XVII/0443
23. Beschluss des Klimaschutzprogrammes  
Vorlage XVII/0394
24. Ausweisung eines Wildschongebietes Kirchdorf  
Vorlage XVII/0404

25. Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015 für die Region Hannover  
Stellungnahme der Stadt Barsinghausen zu den allgemeinen Planungsabsichten (Zukunftsbild zum Regionalen Raumordnungsprogramm 2015)  
Vorlage XVII/0440
26. Bebauungsplan Nr. 69 "Heckenweg", 3. Änderung, OT Barsinghausen  
Entscheidungen über Anregungen  
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage XVII/0436
27. Benennung einer Straße in Groß Munzel  
Vorlage XVII/0409
28. Namensgebungsverfahren Tank- und Rastanlage "Bückethaler Knick Süd"  
Vorlage XVII/0410
29. Widmung einer Straße in Eckerde  
Vorlage XVII/0444
30. Annahme von freiwilligen Zuwendungen
31. Mitteilungen der Verwaltung
32. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

---

**1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung**

Herr Ratsvorsitzender Gronenberg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Gronenberg bittet, folgende Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 18, Vorlage XVII/0337  
Vergabe Wegenutzungsrechte Strom  
- Es besteht noch Beratungsbedarf -
- TOP 23, Vorlage XVII/0351  
Wahl der Ersten Stadträtin / des Ersten Stadtrates
- TOP 27, Vorlage XVII/0399  
Neufassung des Bestattungsrechtes  
- Es besteht noch Beratungsbedarf -
- TOP 28, Vorlage XVII/0442  
Friedhofsgebührensatzung 2014 – 2015  
- Es besteht noch Beratungsbedarf -

Weiter bittet Herr Gronenberg, folgende Angelegenheiten in die Tagesordnung aufzunehmen:

- Vorlage XVII/0450  
Umbau Fußgängerzone Marktstraße  
als neuer TOP 18
- Vorlage XVII/0449 (nichtöffentlicher Teil)  
als TOP 33a

Herr Lahmann sagt, dass die Verwaltung nicht vorgeschlagen hat, die Vorlage XVII/0351 (Wahl der Ersten Stadträtin / des Ersten Stadtrates) von der Tagesordnung abzusetzen, da er in Erfahrung bringen möchte, wie der Rat in dieser Personalangelegenheit weiter verfahren möchte. Er sagt, dass die Angelegenheit auf der Tagesordnung daher belassen werden sollte.

Herr Schroth führt aus, dass die Angelegenheit nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden soll, da die Angelegenheit auch für die Öffentlichkeit von Interesse ist.

Herr Gronenberg verdeutlicht, dass in der Vorlage die Wahl von Frau Schaffert-Weiland aufgeführt ist. Da Frau Schaffert-Weiland nicht mehr zur Verfügung steht, vertritt er die Auffassung, dass der Punkt hinfällig ist.

Herr Gronenberg stellt zunächst den Antrag auf Absetzung des Punktes 23 von der Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Rat setzt mit 19 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen den Punkt 23 (Wahl einer Ersten Stadträtin/eines Ersten Stadtrates) von der Tagesordnung ab.

Anschließend stellt Herr Gronenberg die übrigen vorgenannten Änderungsanträge zur Abstimmung. Diesen wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Abschließend stellt Herr Gronenberg die gesamte Tagesordnung zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 22                  Nein-Stimmen: 10                  Stimmenthaltungen: 4  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 22.11.2013 geänderte Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung wird genehmigt.

## **2. Gedenken an Verstorbene**

Herr Lahmann erinnert an die Verstorbenen Walter Röhler, Joachim Sommerfeld, Jörg Apelt, Wilhelm Fierke und Adolf Mecke. Der Rat gedenkt der Verstorbenen.

---

### 3. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Barsinghausen

Es wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt, bei der folgende Angelegenheiten angesprochen werden:

1. Ist dem Bürgermeister bekannt, dass es im Telefonortsnetz Hohenbostel zu Ausfällen gekommen ist?

Herr Lahmann verneint die Frage.

Der Bürger vermutet, dass das Kabel im Bereich Bergwiese/Abzweigung Höhenluft „ertrunken“ ist, was eigentlich durch einen Luftdruck nicht möglich sein kann. Er vermutet, dass eine mangelnde Wartung vorliegt und bittet, dieses bei der Deutschen Telekom anzusprechen.

Herr Lahmann sagt dieses zu und weist auf die Probleme in Eckerde hin.

2. Ein Bürger empfindet es als bedenklich, dass sich zur Besetzung der Stelle der Ersten Stadträtin/des Ersten Stadtrates kein Konsens einstellt und fragt nach dem Hintergrund.

Herr Messing erläutert ausführlich, dass nach einer öffentlichen Ausschreibung der Stelle 59 Bewerbungen vorlagen. Daraufhin haben die Gruppen und der Bürgermeister ihre Prioritäten bei der Auswahl der Person festgelegt. Es ist nicht gelungen zu einem Kompromiss zu gelangen und der Bürgermeister hat Herrn Dreier zur Wahl vorgeschlagen. Herr Dreier ist für die Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht in Frage gekommen und somit nicht gewählt worden. Daraufhin wurde in einem Gespräch mit dem Bürgermeister der Versuch unternommen, einen Kompromiss zu finden, was auch nicht gelungen ist. Der Bürgermeister hat daraufhin Frau Schaffert-Weiland zur Wahl vorgeschlagen. Frau Schaffert-Weiland hat eine gute Qualifikation als Führungskraft, erfüllt jedoch nicht alle Bereiche des geforderten Aufgabenschwerpunktes. Dieses wurde dem Bürgermeister auch so mitgeteilt und es wurde angeregt, eine Neuausschreibung vorzunehmen.

Frau Dr. Beckmann geht auf das Anforderungsprofil ein, das in der Ausschreibung definiert wurde und macht deutlich, dass Teile des Rates Herrn Dreier als am geeignetsten und Frau Schaffert-Weiland als am zweit geeignetsten erachtet haben. Sie führt weiter aus, dass sie großes Interesse daran hat, dass die Verwaltungsspitze gut und harmonisch zusammen arbeitet. Gerade vor der schwierigen Situation (Haushaltskonsolidierungskonzept, dauerhaft knappe Ressourcen, Personaleinsparungen) ist dieses zwingend erforderlich. Ihre Fraktion hat sich offen für Frau Schaffert-Weiland bekannt.

Herr Schroth führt aus, dass nach der Vorstellung der Kandidaten zu keinem Zeitpunkt ein Zweifel zur Qualifikation von Frau Schaffert-Weiland geäußert wurde. Auch die Verwaltung hat die Qualifikation geprüft und festgestellt. Der Umgang mit der Kandidatin, wie in den Medien zu lesen war, wird von ihm bemängelt. Er merkt an, dass der Dezernent der Stadt Hannover, Herr Hansmann, die gute Qualifikation von Frau Schaffert-Weiland bestätigt hat. Eine Neuausschreibung erachtet er als Desaster für Barsinghausen, da keine guten Bewerbungen eingehen dürften, wenn so mit den Bewerberinnen und Bewerbern umgegangen wird.

Herr Lahmann sagt, dass er sich im Hinblick auf die Kosten i.H.v. rd. 11.000 EUR gerade vor dem Hintergrund des Haushaltskonsolidierungskonzeptes gegen eine Neuausschreibung ausgesprochen hat, zumal auch qualifizierte Bewerbungen vorliegen. Frau Schaffert-Weiland ist von ihm über die Situation nach der Nichtwahl von Herrn Dreier informiert worden und sie hat trotzdem ihre Bewerbung aufrecht erhalten. Die

öffentliche Diskussion über die Personalie erachtet Herr Lahmann als sehr unglücklich und ist der Auffassung, dass dieses der Stadt schadet.

---

#### **4. Genehmigung der Protokolle über die 15. und 16. Sitzung/XVII. WP des Rates am 24.10.2013 und 08.11.2013**

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Protokolle über die 15. und 16. Sitzung des Rates am 24.10.2013 und 08.11.2013 werden ohne Änderungen genehmigt.

---

#### **5. Aktuelle Stunde**

Es liegen keine Anträge vor.

---

#### **6. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten**

Herr Lahmann hält den nachfolgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung am 21. November und am 10. Dezember getagt. Neben der Vorbereitung der heutigen Beschlüsse wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Die Verwaltung wurde beauftragt, bis zum 31.05.2014

1. im Rahmen einer detaillierten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung die Kosten für einen Neubau und einer Sanierung der Wilhelm-Stedler-Schule zu ermitteln und dazu die Modernisierungsvoruntersuchung für die Wilhelm-Stedler-Schule aus dem Jahre 2009 unter Berücksichtigung einer inklusiven Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarfen zu aktualisieren,
  2. die Kosten für die unaufschiebbaren Maßnahmen an der Schulstandorten der Wilhelm-Busch-Schule in Hohenbostel und der Albert-Schweitzer-Schule in Großgoltern zu ermitteln,
  3. einen Vorschlag für Ersatzstandorte für die Stadtbücherei, für die Eltern-Kind-Gruppe Villa Kunterbunt e.V. und für den Falkenkeller für den Fall eines Neubaus der Wilhelm-Stedler-Schule zu erarbeiten.
- Folgende Aufstellungsbeschlüsse in der Bauleitplanung wurden gefasst:
- 7. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 205 „Am Calenberger Kreisel“
  - Bebauungsplan Nr. 164 „Der Vehskamp“ in Winninghausen

- Zur Veränderung der Parkplatznutzung auf dem Parkplatz Breite Straße wurde beschlossen, dass die derzeit drei „Parkplatzfingersackgassen“ am Ende jeweils geöffnet werden, damit ein Wechsel in die benachbarten Parkreihen – ohne Wendemanöver oder rückwärts fahren – möglich ist. Dafür entfallen maximal acht Parkplätze.
- Die Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Barsinghausen GmbH wurde gem. § 138 Abs. 1 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz angewiesen, in der betreffenden Gesellschafterversammlung wie folgt zu votieren:  
 Der Jahresabschluss 2012 der Stadtwerke Barsinghausen GmbH mit einer Bilanzsumme von 10.772.549,98 EUR und einem Bilanzverlust von 1.807.698,18 EUR wird festgestellt.  
 Der Bilanzverlust in Höhe von 1.807.698,18 EUR wird in das Geschäftsjahr 2013 vorgetragen.  
 Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Barsinghausen GmbH wird für das Geschäftsjahr 2012 die Entlastung erteilt.

---

**7. Änderung der Geschäftsordnung des Rates  
 hier: Sitz einer Vertreterin/eines Vertreters der Naturschutzverbände im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt  
 - Antrag der Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.10.2013 -  
 Vorlage: XVII/0421**

Herr Messing erläutert den Antrag. Den Änderungsantrag der FDP-Fraktion unterstützt Herr Messing und bittet, diesen zu beschließen.

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
 Beratungsergebnis: zugestimmt mit Änderung

Die Geschäftsordnung des Rates wird im Abschnitt III (Ausschüsse) § 25 (3) 4. (Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt) wie folgt ergänzt:

Ein/e Vertreterin/Vertreter der anerkannten Naturschutzverbände mit Ortsgruppe Barsinghausen erhält einen Sitz für ein nichtstimmberechtigtes Mitglied.

---

**8. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien  
 - u.a. Besetzung der Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co. KG**

Herr Gronenberg führt aus, dass für die Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft Barsinghausen neben dem Bürgermeister weitere fünf Personen durch den Rat zu benennen sind. Drei Mitglieder können von der Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN benannt werden. Von der Gruppe CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und UWG-Fraktion können zwei Mitglieder entsandt werden.



Herr Messing benennt für die Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Personen:

1. Frau Angelika Dürbaum-Betsch
2. Herr Andreas Hartig
3. Herr Hartmut Schaper

Herr Dr. Zieseniß sagt, da eben erst durch die Mehrheitsgruppe die Anzahl der zu Benennenden mitgeteilt wurde, dass eine namentliche Benennung nicht mehr abgestimmt werden konnte und in der nächsten Ratssitzung nachbenannt wird.

Herr Messing benennt als stellvertretende Mitglieder für den Betriebsausschuss des Stadtentwässerungsbetriebes Ratsfrau Westphal und Ratsherrn Dogan.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

- siehe oben -

---

**9.            Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Tageseinrichtungen der Stadt Barsinghausen für Kinder  
              hier: Änderung des Gebührentarifs  
              Vorlage: XVII/0423**

Herr Lahmann führt in die Inhalte der Vorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Satzung zur Änderung des Gebührentarifs zur Gebührensatzung für die Tagespflege und die Tageseinrichtungen der Stadt Barsinghausen für Kinder wird beschlossen.

---

**10.          Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Benutzung des Flüchtlingswohnheimes Ohweg 23 in Barsinghausen zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen und über die Erhebung von Benutzungsgebühren vom 4.10.2012  
              Vorlage: XVII/0418**

Frau Gertich stellt die Beschlussvorlage vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat beschließt die Satzung zur 2. Änderung der bestehenden Benutzungs- und Gebührensatzung des Flüchtlingswohnheims in Barsinghausen in der vorliegenden Fassung, Anlage 2 zur Vorlage.

---

**11. Miet- und Nutzungsbedingungen für schulische Sporthallen und Schuleinrichtungen der Stadt Barsinghausen**  
**Vorlage: XVII/0427**

Herr Lahmann führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die in der Anlage zur Vorlage beigefügten Miet- und Nutzungsbedingungen für schulische Sporthallen und Schuleinrichtungen der Stadt Barsinghausen werden beschlossen.

---

**12. Vertrag über die Sportförderung durch die Stadt Barsinghausen für die Jahre 2014 bis 2018**  
**Vorlage: XVII/0389**

Frau Gertich erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Gronenberg weist darauf hin, dass der Vertrag mit Datum vom 03.12.2013 zur Abstimmung steht.

Herr Lahmann merkt an, dass in dem Vertrag ein Passus enthalten ist, der sehr strittig mit dem Sportring war. Es geht dabei um die Verjährungseinrede (wenn gegen Ansprüche der Stadt Verjährungseinrede erhoben wird, dass dann die Sportförderung des nächsten Jahres um diesen Betrag gekürzt wird). Mit dem Vorsitzenden des betroffenen Vereins hat er ein Gespräch geführt und mitgeteilt, wenn eine Erklärung vorgelegt wird, die den Verzicht auf die Einrede enthält, dass dieses dann akzeptiert würde. Diese Erklärung ist gestern eingegangen, jedoch nur mit der Unterschrift des 1. Vorsitzenden, da der 2. Vorsitzende nicht zu erreichen war. Es könnte somit der Passus im Vertrag gestrichen werden.

Herr Kuban erklärt, dass eine Reduzierung/Halbierung der Sportförderung nicht mitgetragen werden kann. Das ehrenamtliche Engagement der Vereine, die unter der Kürzung stark zu leiden haben, soll beibehalten werden.

Herr Fabisch geht auf § 2 letzter Absatz ein und beantragt, diesen Absatz komplett zu streichen. Er vertritt die Auffassung, dass es nicht sein kann, dass angebliche Ansprüche gegen die Sportförderung aufgerechnet werden und dann die einbehaltenen Beträge an den Sportring abgetreten werden, damit dieser diese Beträge gegen den einzelnen Verein durchsetzen kann. Dadurch würden die Vereine gegeneinander aufgehetzt, so Herr Fabisch. Dieses kann nicht im Sinne einer sportfördernden Gemeinschaft und der Stadt sein. Die Organisation des Sportringes ist in einer Richtlinie geregelt, die keine Regelung hierzu enthält.

Herr Messing sagt, dass der Bürgermeister ausgeführt hatte, dass dieses mit dem Sportring abgestimmt ist und Herr Fabisch Mitglied des Vorstandes ist. Den Antrag wird er ablehnen.

Frau Westphal appelliert, dass der Verein TSV Kirchdorf den Zahlungsverpflichtungen der Stadt nachkommen soll.

Herr Kuban äußert rechtliche Zweifel zur Regelung in § 2 letzter Absatz des Vertrages. Wenn eine Forderung gerichtlich durchsetzbar ist, dann kann diese Forderung durchgesetzt werden. Jedoch nur eine andere Auffassung als ein Verein zu haben, kann nicht ausreichend sein, um die Forderung geltend machen zu können. Er stimmt daher dem Antrag von Herrn Fabisch zu.

Frau Dr. Beckmann sagt, dass ihres Erachtens der Sportring mit der Formulierung in § 2 letzter Absatz nicht einverstanden ist. Sie bittet um Klärung.

Herr Lahmann antwortet, dass die vorliegende Fassung mit dem Vorsitzenden des Sportrings abgestimmt ist und von ihm akzeptiert wird.

Auf Nachfrage von Herrn Klockow führt Herr Lahmann aus, wenn z.B. eine städtische Forderung gegen einen Verein besteht, dass dann die Sportförderung, die dem Sportring überwiesen wird, um diesen Betrag gesenkt wird, der dann weniger an den betroffenen Verein ausbezahlt würde.

Nach kurzer weiterer Diskussion stellt Herr Gronenberg den Änderungsantrag zur Abstimmung.

**Beratungsergebnis:** abgelehnt  
mit 19 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

§ 2 letzter Absatz des Vertrages über die Sportförderung durch die Stadt Barsinghausen wird gestrichen:  
Die Auszahlung des Sportbudgets verringert sich, sofern die Stadt gegen einen oder mehrere Barsinghäuser Sportvereine Forderungen hat, um die Höhe dieser Forderungen, höchstens jedoch um den Betrag, der dem jeweiligen Verein nach dem vorher festgelegten Verteilungsmaßstab des Sportring an sich zustehen würde. Dies gilt auch dann, wenn die Forderung bestritten wird, gegen die Forderung eine Einrede besteht oder die Forderung noch nicht fällig ist. Die Stadt teilt dies dem Sportring mit. Die Stadt stimmt für den Fall der Verringerung der Sportförderung wegen einer bestrittenen Forderung der Abtretung der Ansprüche aus diesem Vertrag in Höhe der bestrittenen Forderung durch den Sportring an den jeweiligen Sportverein bereits jetzt zu, damit der jeweilige Sportverein ggf. eine gerichtliche Klärung herbeiführen kann.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 14

Stimmenthaltungen: 2

Beratungsergebnis: zugestimmt

Mit dem Sportring Barsinghausen wird für die Jahre 2014 bis einschließlich 2018 der dieser Beschlussvorlage beigefügte Vertrag (Stand 03.12.2013) über die Sportförderung durch die Stadt Barsinghausen geschlossen.

---

**13. Umsetzung HSK auf der Basis des Spielplatzkonzeptes**  
**Vorlage: XVII/0375**

Herr Gronenberg weist auf die geänderte Beschlussempfehlung hin (nachfolgend beschlossen).

Herr Bohrßen stellt die Inhalte der Vorlage dar.

---

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 1  
Beratungsergebnis: zugestimmt mit Änderung

1. Dem Spielplatzkonzept wird zugestimmt. Es soll für weitere städtebauliche Planungen zugrunde gelegt werden (Anlage 1 zur Vorlage).
2. Auf Grundlage des Beschlusses zu den Konsolidierungsmaßnahmen Nr III-2.11 wird die Schließung der folgenden **acht** Spielplätze und einem Bolzplatz beschlossen (Anlage 2 zur Vorlage):

Ortsteil	Bezeichnung	Fläche/m <sup>2</sup>	Eigentum
Barsinghausen	05 Bothehof	480	Stadt
<del>Barsinghausen</del>	<del>41 Theo.-Leip.-Str. / Otto-Brenner-Str.</del>	<del>2912</del>	<del>Stadt</del>
Barsinghausen	13 Potsdamer Straße	950	Stadt
Egestorf	06 Leibnizstraße / Heinrichstraße	376	Stadt
Egestorf	07 Leibnizstraße / Kopernikusweg	764	Stadt
Egestorf	12 Riepenstraße I	612	privat
<del>Egestorf</del>	<del>14 Am Untergut</del>	<del>488</del>	<del>Stadt</del>
Egestorf	16 Am Schützenplatz (Bolzplatz)	1170	Stadt
Kirchdorf	04 Umläufer / Mühlbach	347	Stadt
Barsinghausen	07 Glockenstraße		Stadt
Egestorf	13 Riepenstraße 2		Stadt

3. Die Maßnahmen zur Aufwertung der Spielplätze werden nach der Prioritätenliste umgesetzt (Anlage 3 zur Vorlage).
4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die unter 2. aufgelisteten städtischen Flächen Bebauungsplanänderungen durchzuführen und die Grundstücke zu verkaufen (Anlage 4 zur Vorlage).

---

**14. Kinderferienbetreuung in den Grundschulen**  
**Vorlage: XVII/0424**

Herr Dr. Matthiesen führt in die Angelegenheit ein und bittet, Alternative 3 mit einer Ergänzung zu beschließen (nachfolgend beschlossen).

Frau Klein sagt, dass es Konsens im Ausschuss war, dass Punkt 3 beschlossen werden soll.

Herr Schroth und Frau Dr. Beckmann sprechen sich für den weiteren Baustein in Groß Munzel aus. Frau Dr. Beckmann begrüßt das ehrenamtliche Engagement.

Nach kurzer weiterer Diskussion stellt Herr Dr. Matthiesen den unten aufgeführten Änderungsantrag, den Herr Gronenberg zur Abstimmung stellt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt mit Änderung

Das Ist-Gesamtkonzept der Ferienbetreuung soll um einen weiteren Baustein in Groß Munzel ergänzt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Konzept in Kooperation mit dem freien Träger Kinderschmunzeln e.V. und der Elterninitiative zu entwickeln. Kostendeckung ist anzustreben.

---

## **15. Mehrkosten Neubau KiTa Ohweg Vorlage: XVII/0438**

Herr Dobelmann führt in die Tagesordnungspunkte 15 und 16 ein.

Ein Bürger stellt folgende Fragen:

1. Hat es eine Ausschreibung (ggf. mit nur einem oder mehreren Bietern?) oder eine freie Vergabe der Maßnahmen gegeben?
2. Ist das Bodengutachten vor oder der Ausschreibung/Vergabe vergeben worden?
3. Ist eine Neuausschreibung erforderlich, da es erhebliche Veränderungen gegeben hat?
4. Wer hat die Vergabe vorgenommen (Verwaltung, VA oder Rat)?

Herr Hoffmann antwortet, dass für beide Projekte jeweils die Mittel in den Haushalt eingestellt worden sind. Erst danach ist die Entscheidung zu den Standorten getroffen worden. Weiter führt er aus, dass vor Baurealisierung ein Bodengutachten erforderlich ist, da dementsprechend die Statik berechnet wird. Anhand der Statikberechnungen müssen dann die einzelnen Baumaßnahmen festgelegt werden, d.h. die Gründung für diese Gebäude. Dieses ist insgesamt als Paket ausgeschrieben und vergeben worden.

Herr Lahmann ergänzt, dass die Vergabe durch die Verwaltung aufgrund eines Delegationsbeschlusses des Verwaltungsausschusses erfolgt ist.

Herr Hoffmann sagt weiter, dass die Gründungsarbeiten als einzelnes Gewerk ausgeschrieben wurden.

Herr Dr. Zieseniß sagt, dass den Mehrkosten zur Kindertagesstätte Ohweg nicht zugestimmt wird, da in Göxe eine wesentlich kostengünstigere Lösung möglich gewesen wäre.

Herr Gottschalk sagt, dass sich das Volumen durch die zusätzliche Ausschreibung vergrößert hat und fragt, ob dadurch eine überregionale Ausschreibung erforderlich gewesen wäre. Die zusätzliche Ausgabe wird von ihm kritisiert und er vertritt die Auffassung, dass der Rat hätte vorher informiert werden müssen.

Frau Wölki sagt, dass die Mittel in den Haushalt eingestellt wurden, als noch nicht bekannt war, auf welchem Grundstück die Kindertagesstätten gebaut werden sollen. Nach dem die Standortauswahl erfolgte ist ein Bodengutachten eingeholt worden, da bekannt war, dass der Untergrund kritisch zu betrachten ist. Entsprechend ist dann ausgeschrieben worden. Dieses Verfahren erachtet Frau Wölki als sehr vernünftig. Frau Wölki kritisiert ebenfalls die späte Information des Rates, dass es zu Kostenerhöhungen kam.

Herr Schroth verdeutlicht, dass die Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Verantwortung für die Mehrkosten im Bereich Goltern zu tragen haben, da eine kostengünstigere Lösung mit einer Krippe in Göxe möglich gewesen wäre.

Herr Messing sagt, dass nachhaltige Projekte, wie z.B. in Großgoltern am Ohweg, zu fördern sind.

Auf Nachfrage von Herrn Messing antwortet Herr Lahmann, dass für Herrn Neddermeier kein Mitwirkungsverbot besteht, da durch diese Entscheidung kein unmittelbarer Vorteil für ihn entsteht.

Herr Hoffmann geht auf die Frage von Herrn Gottschalk ein und sagt, dass keine andere Ausschreibung erforderlich gewesen ist, da die Gewerke einzeln ausgeschrieben wurden.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 23                  Nein-Stimmen: 14                  Stimmenthaltungen: 2  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Von dem im Ergebnishaushalt 2013 im Produkt P1.111008 Gebäudewirtschaft veranschlagten 100.000 EUR Aufwendungen für die Planung von Krippenplätzen werden 50.000 EUR auf die Investitionsmaßnahme I.132038 Bau Kindertagesstätte Ohweg übertragen.
2. Im Haushalt 2014 werden bei der Investitionsmaßnahme I1.132038 Auszahlungen i.H.v. 65.000 EUR veranschlagt.

---

**16. Mehrkosten Neubau Kinderkrippe Erfurter Straße**  
**Vorlage: XVII/0439**

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 1  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Im Haushalt 2014 werden bei der Investitionsmaßnahme I1.122043 Bau Kinderbetreuungseinrichtung Erfurter Straße Auszahlungen i.H.v. 47.000 EUR veranschlagt.

---

**17. Schulzentrum Am Spalterhals - Energetische Sanierung und Modernisierung - Vorlage: XVII/0430**

Herr Schroth gibt die Einführung in den Tagesordnungspunkt.

Vor dem Hintergrund der soeben beschlossenen Kürzung der Sportförderung und des Beschlusses zur Hallenbenutzungsgebühr kann Herr Kuban die Entscheidung nicht nachvollziehen und wird die Beschlussempfehlung ablehnen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                  Nein-Stimmen: 2                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Statt der energetischen Sanierung und Modernisierung der Sporthallen werden die Bauteile G und F zusammen mit den Bauteilen E und H saniert und modernisiert. Insofern werden die Beschlüsse des Rates zu den DS Nr. XVII/0226 und XVII/0227 vom 13.12.2012 aufgehoben.
2. Die bisher sowohl für die Sanierung der Sporthallen, als auch für die Sanierung der Bauteile E und H bereitgestellten Haushaltsmittel werden zu einer investiven Maßnahme - „energetische Sanierung und Modernisierung der Bauteile E, F, G und H“ - zusammengefasst.

---

**18. Umbau Fußgängerzone Marktstraße  
hier: Erneuerung und Ergänzung von Strom- und Wasserversorgungsanlagen  
Vorlage: XVII/0450**

Herr Lahmann stellt den Sachverhalt dar.

Herr Messing erachtet eine weitere Beratung als erforderlich und spricht sich für die Vorlage mit der Aufnahme des Sperrvermerkes aus.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38                  Nein-Stimmen: 1                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen nimmt den der Vorlage anliegenden Antrag zur Aufrüstung der technischen Versorgungsanlagen in der Fußgängerzone zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, bis zur Ratssitzung im Februar 2014, den Sachverhalt aufzuarbeiten.
2. Im Haushalt 2014 werden bei Investitionsnummer I1.113009 –Sanierung Innenstadt- zusätzliche Mittel in Höhe von 215.000 € vorsorglich mit Sperrvermerk eingeplant. Die Aufhebung des Sperrvermerks obliegt dem Rat.

---

**19. Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Barsinghausen**  
**Vorlage: XVII/0447**

Herr Neddermeier führt in die Angelegenheit ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Barsinghausen wird in der vorliegenden Fassung vom Rat beschlossen.

---

**20. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung 2014 des Stadtentwässerungsbetriebes Barsinghausen**  
**Vorlage: XVII/0446**

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2014 werden beschlossen.  
Die Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2015 bis 2017 wird beschlossen.

Herr Gronenberg schlägt vor, die Sitzung von 19.38 bis 19.45 Uhr zu unterbrechen.

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

---

**21. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014**  
**Vorlage: XVII/0406**

Ein Bürger fragt, warum die Mittel für die energetische Sanierung im Feuerwehrhaus Langreder nicht bewilligt werden.

Herr Messing antwortet, dass es eine Interessenabwägung gegeben hat und nur ein begrenzter Rahmen zur Verfügung steht. Daher ist der Antrag von der Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden, auch wenn dieses bedauert wird.

Herr Dr. Zieseniß und Herr Klockow erachten die Maßnahme als förderungswürdig.

Herr Gronenberg weist darauf hin, dass die zugestimmten Haushalts- und Zuschussanträge Bestandteil der Veränderungsliste sind und somit im Haushalt berücksichtigt werden. Eine Beratung erfolgt über die Anträge, die abgelehnt wurden bzw. die erneut gestellten Anträge.



Herr Messing hält die als Anlage 1 beigefügte Haushaltsrede.

Die von Herrn Dr. Zieseniß gehaltene Haushaltsrede ist als Anlage 2 beigefügt.

Frau Westphal führt in ihrer Haushaltsrede aus, dass es aufgrund der finanziellen Entwicklung in Barsinghausen bergauf geht. Sie sagt, dass die niedrigen Zinsen, die bessere Konjunkturentwicklung und die getroffenen Entscheidungen hierzu beigetragen haben. Die Kommune Barsinghausen hat sich mit dem Zukunftsvertrag tatsächlich ihre Handlungsfähigkeit auf Dauer erhalten. Das mit vielen Mühen beschlossene Haushaltssicherungskonzept hat sich ihres Erachtens bewährt. Sie ist der festen Überzeugung, dass die Schwerpunktsetzung richtig ist und der geringe Spielraum sinnvoll genutzt wird. Sie weist darauf hin, dass aus ihrer Sicht kein so tiefer Graben zwischen den beiden Gruppen gegeben ist. Erstmals seit Jahren ist Anträgen der Opposition zugestimmt worden, da konstruktive Vorschläge mitgetragen werden können. Als Beispiel führt sie den Antrag zur Sprachförderung an. Wenn aber einzelne Anträge keine Mehrheit gefunden haben, erachtet sie dieses nicht als Rechtfertigung dafür, den Haushalt in Gänze abzulehnen. Im Wesentlichen ist der Haushalt von der Verwaltung vorgelegt worden. Sie sagt weiter, dass mit einer Ablehnung des Haushaltes durch die CDU-Fraktion der Verantwortung für die Stadt nicht gerecht würde.

Frau Dr. Beckmann sagt in ihrer Haushaltsrede, dass die Eckdaten zum Haushalt unterschiedlich bewertet worden sind. Ihrer Meinung nach ist weder Grund zur Euphorie noch Grund zur Untergangsstimmung gegeben. Wichtig ist zu bemerken, dass ein Überschuss i.H.v. rd. 1,5 Mio. EUR nicht so zu verstehen ist, dass die „Durststrecke“ vorbei ist. Es liegt noch eine geraume Zeit vor der Stadt, in der viele Beschlüsse, die im Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen wurden, ihre Wirkung zeigen. Der Überschuss kommt dadurch zustande, dass viele beschlossene Maßnahmen bereits berücksichtigt sind (Gebührenerhöhungen, Kürzungen bei Vereinen). Die Auswirkungen für die Vereine werden erst im kommenden Jahr „fühlbar“. Für ihre Fraktion gilt nach wie vor, die Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse zu besprechen, die Umsetzung zu diskutieren und Unterstützung zu geben. Sie erinnert, dass damals die Überlegung war, keine Einrichtung zur Disposition zu stellen. Deshalb wurden empfindliche Kürzungen beschlossen und ein niedriges Niveau verlässlich festgeschrieben. Dieser Überlegung entsprechen die Haushaltsanträge ihrer Fraktion, da keine Mehrkosten durch die Anträge ausgelöst würden. Sie geht auf die einzelnen Anträge ein (Kinderferienbetreuung, Gleichstellung, Personal). Sie lehnt die Mittel i.H.v. 50.000 EUR für Solaranlagen auf städtischen Gebäuden ab, da dieses durch die Stadtwerke Barsinghausen vorgenommen werden sollte. Zur positiven Gewerbesteuerentwicklung sagt sie, dass dieses auch auf Ansiedlungsgewinne zurückzuführen ist und äußert Lob an den Bürgermeister und merkt an, dass dieses auch ein Verdienst der Räte ist. Sie appelliert, dass es zu einem Einvernehmen bei Ansiedlungen von Gewerbe kommt, zumal keine Gewerbeflächen vorhanden sind. Zur Zielformulierung zur räumlichen Planung und Entwicklung der Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN führt sie aus, dass die Priorität auf den Arbeitsplätzen und der Gewerbesteuer liegt und danach auf dem Repowering. Dieses ist im Antrag anders herum priorisiert worden und wird von ihr abgelehnt. Sie bemängelt die kurzfristige Vorlage der Anträge, die Ziele zum Inhalt haben, da keine Beratung stattgefunden hat. Weiter sagt sie, dass die Kreditaufnahmen Anlass zur Sorge geben und dass das Investitionsprogramm nicht zukunftsweisend ist, da die Investitionsmaßnahmen im Schulbau nicht nachhaltig bewertet wurden. Weiter geht sie auf den Zielantrag der Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu den Schulen ein, in dem angeführt ist, dass für den dauerhaften Bestand der Grundschulstandorte die Zweizügigkeit Voraussetzung ist. Sie erinnert, dass am Standort in Goltern von ihrer Fraktion vorgeschlagen wurde, eine zusammenhängende Einrichtung von Schule, Krippe und Kindertagesstätte vorzusehen. Dieser Vorschlag ist auch ergangen, da der Schulstandort in Großgoltern aller Voraussicht nach einzügig werden wird. Der Zielantrag bedeutet im Umkehrschluss, dass in relativ kurzer Zeit der Standort in Großgoltern geschlossen werden würde, ohne dass eine vertiefte Diskussion in den Gremien stattgefunden hat. Sie bemängelt die Kultur der Beratung im Rat und die

mangelnde Information aller Fraktionen. Dem Haushalt kann die Fraktion Aktiv für Barsinghausen nicht zustimmen, so Frau Dr. Beckmann abschließend.

Herr Klockow geht auf die Atmosphäre im Rat ein und die fehlende interfraktionelle Zusammenarbeit. Als Beispiel führt er die Besetzung der Stelle der Ersten Stadträtin/des Ersten Stadtrates an. Weiter sagt er, dass die Anträge zu den Zielen vom Prinzip her richtig sind, jedoch in den Ausschüssen beraten werden müssen. Er sieht hierzu keine Eile und regt eine interfraktionelle Zusammenarbeit hierzu an. Er appelliert, gemeinsam die wichtigen Dinge für die Stadt zu beraten und verantwortungsbewusst aufeinander zuzugehen. Die FDP-Fraktion kann dem Haushalt zustimmen, wenn die drei Anträge zu den Zielen zurück gezogen werden, so Herr Klockow abschließend.

Herr Neugebauer sagt, dass die Ratsmitglieder von Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden, um die Stadt voranzubringen. Er wünscht ebenfalls, dass im kommenden Jahr eine neue Kultur im Rat einzieht, um gemeinsam Positives für die Stadt zu erreichen.

Herr Dr. Zieseniß beantragt, die Anträge der Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu den Zielen (Antrag 1, 2 und 3) sowie die Haushaltsanträge „Solaranlagen“, „Vakante Stelle im Bereich Finanzen“ und „Neue Stelle im Bereich Kindertagesstätten/Krippen“ zur Abstimmung zu stellen. Des Weiteren bittet er, die abgelehnten Anträge der Gruppe CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und UWG-Fraktion ebenfalls abzustimmen. Herr Dr. Zieseniß sagt, dass die CDU-Fraktion die Ziele ablehnt und dass der Haushalt an sich nicht abgelehnt würde.

Herr Dr. Härdrich sagt, dass ein doppischer Haushalt auf Zielsteuerung basiert. Dieses ist in Barsinghausen nicht gegeben. Der Rat bestimmt durch Ziele, wie die Mittel verwendet werden sollen. Durch die drei Ziele soll Bewegung in den doppischen Haushalt gebracht werden. Im Laufe des Jahres kann über die Ziele beraten werden. Er appelliert, die Diskussion über die Ziele zu beginnen.

Herr Schroth und Frau Klein appellieren, die Entscheidung über die Ziele zurückzustellen und Beratungen in den Ausschüssen zu führen.

Es schließt sich eine ausführliche Diskussion an, ob in der heutigen Sitzung die Ziele beschlossen werden oder nicht. Dabei wird auf die Kurzfristigkeit der Anträge, fehlende Beratung und auf inhaltliche Fragen eingegangen.

Herr Messing beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert und die Sitzung ist von 21.00 Uhr bis 21.10 Uhr unterbrochen.

Herr Gronenberg erläutert das weitere Verfahren, wonach zunächst die Haushalts- und Zuschussanträge beraten und entschieden werden. Anschließend erfolgt eine weitere Sitzungsunterbrechung.

Herr Gronenberg stellt die einzelnen Anträge zur Abstimmung (siehe Anlage 3 und 4).

Nach der Beschlussfassung über die einzelnen Anträge ist die Sitzung von 21.40 Uhr bis 22.00 Uhr unterbrochen.

Herr Dr. Härdrich erläutert, dass der nachfolgend aufgeführte Haushaltsbegleit Antrag als Kompromiss erarbeitet wurde, um zu einer Verbesserung der Atmosphäre im Rat beizutragen. Weiter erläutert er den Antrag.

Die Fraktionsvorsitzenden begrüßen den Kompromiss und sagen eine Zustimmung zum Haushalt zu.

**Beratungsergebnis:** zugestimmt  
mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

1. Die von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in die Haushaltsberatungen eingebrachten Zielformulierungen zu den Produkten

- Grundschule
- Sprachförderung KITA
- Bau und Planung

werden mit dem Ziel in die Fachausschüsse verwiesen, bis zum Juni 2014 für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2015 oder einem Nachtragshaushalt 2014 diskutiert und vom Rat verabschiedet zu werden.

2. Der Rat verpflichtet sich, zusammen mit der Verwaltung weitere Produktziele zu diskutieren und zu verabschieden, wobei die Fachausschüsse einzubinden sind.

Herr Gronenberg stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2014 werden beschlossen.

---

**22. Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2013**  
**Vorlage: XVII/0443**

Frau Westphal erläutert die Informationsvorlage.

Herr Gronenberg stellt fest, dass die Vorlage zur Kenntnis genommen wurde.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

---

**23. Beschluss des Klimaschutzprogrammes**  
**Vorlage: XVII/0394**

Herr Dr. Härdrich führt in die Angelegenheit ein.

Herr Lux begrüßt das Klimaschutzprogramm und appelliert, das Programm mit Leben zu füllen und konkrete Maßnahmen durchzuführen. Dazu ist das Programm mit einem personellen Aufwand zu unterlegen. Da das Klimaschutzmanagement gefördert werden kann, bittet er die Verwaltung, kurzfristig eine Beschlussvorlage hierzu vorzulegen. Er sagt weiter, dass mit dem Beschluss des Klimaschutzprogrammes sich für die Windenergie und das Repowering ausgesprochen wird.

Er appelliert an die CDU-Fraktion, dabei zu Bedenken, dass Windenergie ebenfalls Arbeitsplätze schafft und Klimaschutz eine wichtige Aufgabe sei.

Herr Dr. Zieseniß entgegnet, dass sich die CDU-Fraktion nicht gegen das Klimaschutzprogramm oder gegen Windenergie stellt, sondern eine Abwägung von Interessen vorzunehmen ist. Hierzu bedarf es Diskussionen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte Kurzfassung des Klimaschutzkonzeptes einschließlich des Maßnahmenkataloges für die Stadt Barsinghausen wird als Leitlinie beschlossen.

---

#### **24.      Ausweisung eines Wildschongebietes Kirchdorf Vorlage: XVII/0404**

Herr Bohrßen führt in die Inhalte der Vorlage ein.

Herr Riemer appelliert an die Landwirte und den Hegering, Rückzugsgebiete für das Wild anzubieten.

Frau Wölki sagt, dass sie die Vorlage ablehnt, da das Problem nicht bei den Hundebesitzern liegt, sondern der fehlende Bewuchs das Problem darstellt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 19                  Nein-Stimmen: 13                  Stimmenthaltungen: 5  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die der Vorlage als Anlage beigefügte Verordnung zum Schutze der Einstände des Wildes sowie der sonst frei lebenden Tiere vor Beunruhigung wird beschlossen.
2. Der vom Antragsteller formulierten Bitte auf kostenlose Bereitstellung von zehn Hinweisschildern wird zugestimmt.

---

**25. Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015 für die Region Hannover**  
**Stellungnahme der Stadt Barsinghausen zu den allgemeinen Planungsabsichten**  
**(Zukunftsbild zum Regionalen Raumordnungsprogramm 2015)**  
**Vorlage: XVII/0440**

Herr Dr. Härdrich führt in die Angelegenheit ein.

Herr Lahmann sagt, dass es sich hierbei um die Entwicklungsperspektiven für die Stadt Barsinghausen handelt. Es sind einige Dinge vorgesehen, die aller Voraussicht nach nicht verwirklicht werden können, jedoch die Möglichkeit für eine mögliche Entwicklung eröffnen. Er appelliert, zunächst viel zu fordern, damit sich die Stadt Entwicklungsmöglichkeiten nicht selbst nimmt.

Herr Dr. Zieseniß informiert, dass der Antrag zur Berücksichtigung weiterer Wohnbauflächen zurückgezogen wurde. Er erläutert den Antrag vom 10.12.2013, wonach im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) 2015 der Bereich zwischen Mülldeponiestraße und dem Gewerbegebiet Bantorf, östlich der Autobahn, als mögliche gewerbliche Fläche deklariert werden soll. Er bittet um Zustimmung, damit an dieser Stelle ggf. eine Gewerbeansiedlung möglich sein kann.

Herr Lux sagt, dass der Antrag abgelehnt wird. Er merkt an, dass es nicht nur um eine fachliche Abwägung, sondern auch um eine politische Zeichensetzung handelt. Er vertritt die Auffassung, dass weitere Gewerbeflächen an der BAB 2 zu weiteren erheblichen Umweltbelastungen und Verkehrsbelastungen führen würden. Herr Lux beantragt, folgenden Passus ist in der Stellungnahme unter Ziffer 1.6.2 (Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten) zu streichen:

- a) im Bereich an der Autobahn zwischen Bantorf und Groß Munzel.

Herr Dr. Zieseniß sagt, dass bei einer Ablehnung der Aufnahme der Flächen, der Rat sich selber bei der Gewerbeflächenentwicklung beschränkt. Er verdeutlicht, dass ein schmaler Streifen entlang der Autobahn ausgewiesen werden soll. Hinsichtlich des Naturschutzes sieht er direkt entlang der Autobahn keine zusätzlichen Belastungen. Weiter sagt er, dass auch eine Verkehrsentlastung eintreten könnte. Er weist auf die Vogelkastproblematik im Bereich Groß Munzel und das Repowering in diesem Bereich hin, was dazu führen kann, dass in dem Bereich ansonsten keine Flächen mehr entwickelt werden können.

Herr Lahmann appelliert, der Stadt nicht die Entwicklungsmöglichkeiten zu nehmen und weist auf die gute Lage in diesem Bereich hin.

Herr Lux entgegnet, dass sich die Gruppe SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Weiterentwicklung von Gewerbeflächen ausspricht und weist auf die Formulierung eines Zieles im Rahmen der Haushaltsberatungen hin. Herr Lux sagt, dass den Bürgerinnen und Bürgern nicht weitere Flächenversiegelungen zugemutet werden können und den Tieren nicht die Rückzugsmöglichkeiten genommen werden sollen.

Herr Schroth entgegnet kritisch auf Herrn Lux, dass auf der einen Seite keine Flächenversiegelungen vorgenommen werden sollen und auf der anderen Seite aber Windräder aufgestellt werden sollen. Windräder an sich sind nicht naturschützend, so Herr Schroth. Herr Schroth appelliert, die Fläche im RROP zu deklarieren.

Herr Messing merkt an, dass die Flächen auch ggf. bei der nächsten Aufstellung des RROP berücksichtigt werden könnten.

Herr Klockow und Frau Dr. Beckmann sagen, dass es sich hier um eine Planungssicherung handelt und die Planungsmöglichkeiten offen gehalten werden sollen.

Herr Schroth und Frau Wölki merken an, dass die Flächen im Bereich Groß Munzel bereits in der Arbeitsgruppe diskutiert worden sind und es keine Bedenken gab.

Herr Dr. Härdrich und Herr Lux geben zu Protokoll, dass sie in der Arbeitsgruppe dem nicht zugestimmt haben.

Herr Gronenberg stellt zunächst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

**Beratungsergebnis:** abgelehnt  
mit 18 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Im Regionalen Raumordnungsprogramm 2015 der Region Hannover wird der Bereich zwischen Mülldeponiestraße und dem Gewerbegebiet Bantorf, östlich der Autobahn, als mögliche gewerbliche Fläche deklariert.

Weiter stellt Herr Gronenberg den Antrag von Herrn Lux zur Abstimmung.

**Beratungsergebnis:** zugestimmt  
mit 19 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Folgender Passus ist in der Stellungnahme unter Ziffer 1.6.2 (Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten) zu streichen:

a) im Bereich an der Autobahn zwischen Bantorf und Groß Munzel.

Eine Bürgerin sagt, dass Barsinghausen lebenswert sein soll und nicht nur Gewerbe ausgewiesen werden sollte. In dem Bereich in Groß Munzel kann es ggf. Feldhamster geben.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 21

Nein-Stimmen: 7

Stimmenthaltungen: 7

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2015 die als Anlage zur Vorlage beigefügten Planungsabsichten.

---

**26. Bebauungsplan Nr. 69 "Heckenweg", 3. Änderung, OT Barsinghausen  
Entscheidungen über Anregungen  
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: XVII/0436**

Herr Dr. Härdrich führt zur Vorlage aus.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen entscheidet über die in der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie in der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragene Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 69 „Heckenweg“, 3. Änderung, OT Barsinghausen, entsprechend der in der Anlage 1 (Anlage zur Vorlage) dargelegten Abwägung.
2. Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt den Bebauungsplan Nr. 69 „Heckenweg“, OT Barsinghausen, bestehend aus Planzeichnung und der Begründung (Anlage 3 der Vorlage), gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Die Grenze des räumlichen Geltungsbereichs ist in der Anlage 2 zur Vorlage dargestellt.
3. Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 69 „Heckenweg“, 3. Änderung, OT Barsinghausen, treten die für diesen Bereich bislang geltenden Festsetzungen der 1. Änderung des Planes, die dazugehörigen Örtlichen Bauvorschrift Nr. 69 A und Teile des Bebauungsplan Nr. 116 „Grasweg / Kaltenbornstraße“, OT Barsinghausen, außer Kraft.  
  
Die Bereiche, die mit der Überplanung aufgehoben werden, sind in der Anlage 2 der Vorlage dargestellt.

---

**27. Benennung einer Straße in Groß Munzel  
Vorlage: XVII/0409**

In die Angelegenheit wird von Herrn Bohrßen eingeführt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 2  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Erschließungsstraße zur Firma AV DESIGN in der Gemarkung Groß Munzel, Flur 1, Flurstück 18/3 erhält die Bezeichnung:  
Im Wisselfeld

---

**28. Namensgebungsverfahren Tank- und Rastanlage "Bückethaler Knick Süd"**  
**Vorlage: XVII/0410**

Herr Bohrßen führt in die Vorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 3  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Namensvorschlag für die Tank- und Rastanlage „Bückethaler Knick Süd“ lautet:  
Barsinghausen und, sofern dies nicht akzeptiert wird, Calenberger Land.

---

**29. Widmung einer Straße in Eckerde**  
**Vorlage: XVII/0444**

Herr Dr. Härdrich führt in die Angelegenheit ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Gemäß § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der derzeit geltenden Fassung wird die Verkehrsfläche der Zuwegung zur Firma Bergmann Automotive GmbH, Flurstück 27/10, von der bereits gewidmeten Fläche bis zur geplanten Firmenzufahrt mit dem auf die Veröffentlichung folgenden Tag zur Gemeindestraße gewidmet. Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Barsinghausen. Die Fläche ist in der Anlage 1 zur Vorlage dargestellt. Die Anlage ist Teil des Beschlusses.

Die Bezeichnung „Gießereiweg“ wird auf die in der Anlage 1 zur Vorlage dargestellten Fläche erweitert.

---

**30. Annahme von freiwilligen Zuwendungen**

Herr Gronenberg weist auf die verteilte Auflistung hin und bitte um Zustimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die in der Anlage 5 aufgelisteten freiwilligen Zuwendungen werden angenommen.



---

### **31. Mitteilungen der Verwaltung**

1.) Herr Lahmann teilt mit, dass die Landesschulbehörde die schulbehördliche Genehmigung für

a) die auslaufende Aufhebung der Haupt- und Realschule Lisa-Tetzner-Schule

in Verbindung mit der gleichzeitigen

b) Errichtung einer Oberschule ohne gymnasialem Angebot in Barsinghausen, Am Spalterhals 15, mit den Schuljahrgängen 5 bis 10 beginnend mit dem Jahrgang 5

zum Schuljahr 2014/2015 erteilt hat.

2.) Weiter teilt Herr Lahmann mit, dass der Sitzungskalender für das Jahr 2014 in der kommenden Woche verschickt wird. Gegen eine Terminierung der Ratssitzung am Mittwoch, 19.11.2014, werden keine Bedenken geäußert.

---

### **32. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

Hierzu liegt nichts vor.

#### Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 23:15 Uhr von Herrn Gronenberg geschlossen.

Gronenberg  
Ratsvorsitzender

Lahmann  
Bürgermeister

Becke  
Protokollführer